



## **Parlamentarische Versammlung der NATO**

# **STABILITÄT IN DEN DREI SÜDKAUKASISCHEN REPUBLIKEN – ZEHN JAHRE NACH DER UNABHÄNGIGKEIT: LEISTUNGEN UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN**

**ENTWURF EINES GENERALBERICHTS**

***VERENA WOHLLEBEN (Deutschland)***  
***GENERALBERICHTERSTATTERIN \****

Internationales Sekretariat

26. Oktober 2004

\* Das vorliegende Dokument gibt bis zu seiner Verabschiedung durch den Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit lediglich die Ansichten des Berichterstatters wieder.

## INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINFÜHRUNG	1
II.	BESTANDSAUFNAHME IN DEN DREI REPUBLIKEN	2
	A. POLITISCHE STABILITÄT	2
	a. Das erste Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit	2
	b. Übergang und Demokratisierung	4
	B. GEBIETSKONFLIKTE	6
	a. Abchasien	6
	b. Ossetien	7
	c. Bergkarabach	8
	d. Die wichtigsten weiteren potenziellen Bedrohungen	10
	e. Die Frage der transnationalen Minderheiten	11
III.	NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND BEDROHUNGEN:	12
	A. INNERE URSACHEN DER DESTABILISIERUNG	12
	a. Folgen der Verarmung und des Zerfalls des sozioökonomischen Geflechts für die Demographie	12
	b. Unzufriedenheit der Bevölkerung und extremistische politische Anwandlungen	14
	c. Auftreten von „Grauzonen“ oder „rechtsfreien Räumen“	14
	d. Sonstige zur Sorge Anlass gebende Gebiete	15
	B. ÄUSSERE URSACHEN DER DESTABILISIERUNG:	16
	a. Auswirkungen des Tschetschenien-Konflikts	16
	b. Regionale Religionsprobleme	16
	c. Die Grenzziehung im Kaspischen Meer	17
	d. Die russische Militärpräsenz in der Region	18
	e. Die neue regionale Ordnung	19
IV.	ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNG	23
V.	ANHANG	25

## **I. EINFÜHRUNG**

1. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Erlangung der Unabhängigkeit durch die drei Republiken ist der Südkaukasus wieder auf der Weltbühne erschienen. Diese Rückkehr des – wie Sir Halford MacKinder, einer der Begründer der Geopolitik, den Südkaukasus und Zentralasien nannte – „geografischen Angelpunkts der Geschichte“ stellt wohl eines der bedeutsamsten Ereignisse des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts dar.

2. In „Eurasien“, das auf dem Sprung ist, ein großes Öl- und Energiezentrum sowie eine Brücke zwischen Asien und Europa zu werden, berühren sich die russisch-orthodoxe, die europäisch-christliche, die türkische und die persisch-muslimische Welt. Aufgrund der Erweiterung der NATO und der Europäischen Union liegt diese Region heute am Rande des europäischen Raumes. Die Nähe Tschetscheniens, des Irans und Zentralasiens, vor allem aber die beträchtlichen Energieressourcen machen aus dieser Region eine bedeutende geopolitische Drehscheibe und eine Zone, die für die regionalen und internationalen Mächte von großem Interesse ist. Der zwischen seiner orientalischen und seiner europäischen Ausrichtung hin- und hergerissene Südkaukasus ist eine Region für sich. Einmal mehr dem Theoretiker MacKinder zufolge bildet Eurasien den Kern oder den Angelpunkt des geopolitischen Gleichgewichts der Welt. Auch ohne einen so weit reichenden geopolitischen Determinismus ist doch auch heute noch festzuhalten, dass diese Region im Mittelpunkt zahlreicher Besorgnisse liegt.

3. Lord Robertson erklärte im Oktober 2002 in Prag, die Zunahme der Instabilität im Südkaukasus und in Zentralasien und ihre Folgen (Wanderungsbewegungen, Ausweitung des Schmuggels usw.), das Anwachsen des Terrorismus und des fanatischen Extremismus, die Zunahme der Zahl „gescheiterter Staaten“, wirklicher Brutstätten der Gewalt, des Schmuggels und der Weiterverbreitung chemischer, biologischer und nuklearer Waffen seien die größten Herausforderungen, mit denen sich die NATO künftig auseinandersetzen haben werde. Diese Analyse scheint durch die jüngsten Entwicklungen in der Region gestützt zu werden.

4. Der Südkaukasus, für den komplexe ethnische, sprachliche und religiöse Gegebenheiten kennzeichnend sind, wird seit der Unabhängigkeit von oftmals blutigen Territorialkonflikten zerrissen und wird durch einen belastenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Übergang geschwächt. Das erste Jahrzehnt in der Geschichte des unabhängigen Südkaukasus endet mit neuen Ausblicken. Eine neue Ära politischer und wirtschaftlicher Reformen begann in Georgien seit der „Rosenrevolution“ vom November 2003. In Aserbaidschan kündigt die Aussicht auf einen bevorstehenden Zustrom von beträchtlichen Finanzmitteln in Verbindung mit den Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung beträchtliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes an. Armenien, das im letzten Frühjahr durch eine politische Krise geschüttelt wurde, setzt eine Reihe von grundlegenden Reformen fort, die seine zukünftigen strategischen Entscheidungen beeinflussen könnten.

5. Zum Anbeginn des neuen Jahrtausends stehen diese Länder großen Herausforderungen gegenüber, um die Frühphase des Übergangs zu verlassen und die Schaffung dauerhafter Stabilität und Prosperität zu fördern. Auch die westlichen Mächte und Institutionen müssen sich einer Aufgabe stellen. Es geht darum, diesen Republiken genügend Aufmerksamkeit zu schenken und Hilfe zu gewähren, damit sie weder der Versuchung des religiösen Integritismus oder des politischen Autoritarismus erliegen noch sich zu einer gewaltsamen Konfliktlösung hingezogen fühlen oder gar der Allmacht der Schmuggler und der mafiösen Netzwerke erliegen. Außerdem sind die Errichtung demokratischer Institutionen und der Prozess der Liberalisierung dieser Gesellschaften noch nicht

abgeschlossen. Es kommt darum wesentlich darauf an, den empfindlichen Demokratisierungsprozess in diesen Republiken zu unterstützen.

6. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich mit den aus diesen Ländern herrührenden Destabilisierungsrisiken auseinander zu setzen und über die mögliche Rolle der NATO und die von ihr in dieser Region erwartete Positionierung nachzudenken. Der vorliegende Bericht will ein Bild der gegenwärtigen Lage in den drei Republiken zeichnen und legt darum in seinem ersten Teil eine „Bestandsaufnahme“ der Lage und der Entwicklung dieser Länder ein Jahrzehnt nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit vor. In dem zweiten Teil analysiert Ihre Berichterstatterin die potenziellen Destabilisierungsfaktoren und die größten Herausforderungen aufgrund der neuen geopolitischen Konfiguration.

7. Ein Besuch des Ausschusses in Armenien und Georgien im September 2004 erlaubte es dem Ausschuss, in beiden Republiken eine große Zahl von hochrangigen Führungskräften zu treffen und den Eindruck zu bestätigen, dass diese Region aktuell in einer entscheidenden Übergangsphase lebt. Die Organisation eines Rose-Roth-Seminars in Aserbaidschan, das für November 2004 vorgesehen ist, wird es den Mitgliedern des Ausschusses und Ihrer Berichterstatterin ermöglichen, ähnliche Unterredungen mit den aserbaidchanischen staatlichen Organen zu führen.

8. Ihre Berichterstatterin möchte auch der armenischen, aserbaidchanischen und türkischen Delegation sowie der Delegation des Vereinigten Königreiches für die wertvollen Kommentare danken, die sie im Anschluss an die erste Erörterung dieses Berichtsentwurfs im Mai 2004 vorgelegt haben. Obwohl sie manchmal widersprüchliche Argumente enthalten, wollte Ihre Berichterstatterin die von den genannten Delegationen vorgetragenen Stellungnahmen und Bemerkungen soweit wie möglich bei der Überarbeitung dieser neuen Version des Berichtes berücksichtigen.

## ***II. BESTANDSAUFNAHME IN DEN DREI REPUBLIKEN***

### **A. POLITISCHE STABILITÄT**

#### **a. Das erste Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit**

##### **Strukturelle und politische Entscheidungen**

9. Anders als in Zentralasien, wo man zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Union der Auflösung des Sowjetreichs mit Zögern begegnet war, unterstützten die drei südkaukasischen Republiken unverzüglich die Unabhängigkeitsbestrebungen. Diese Republiken hatten von 1917 bis 1921 eine kurzlebige Unabhängigkeit erlebt und begrüßten diese neue historische Chance. Sie entschieden sich für politische Systeme demokratischen Zuschnitts und übernahmen die Grundsätze der Marktwirtschaft.

10. Generell lassen sich in der politischen Geschichte Georgiens und Aserbaidschans drei Phasen unterscheiden. Der Zeitraum der nationalen Erneuerung fällt in die ersten Stunden der Unabhängigkeit und des Aufbaus einer nationalen Identität. Es war auch eine Zeit politischer Wirren, die von nationalistischen Anwandlungen und dem Aufkommen von Gebietsstreitigkeiten geprägt war. Einige von diesen sollten zu schweren bewaffneten Konflikten führen. Die zweite Phase war von Ernüchterung über die Unabhängigkeit angesichts der Erschöpfung der Länder durch die Probleme des Übergangs und durch die Konflikte bestimmt. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Zerfalls der Sowjetunion begünstigten Mitte der 90er Jahre die Rückkehr ehemaliger sowjetischer Führer an die Macht. Der jüngste Zeitraum schließlich scheint von vornherein unter dem Zeichen des

Wandels mit dem Auftauchen einer neuen Führungsgeneration zu stehen, wie die letzten Urnengänge und die Präsidentschaftswahlen von 2003-2004 belegen. Diese Wahlen haben in Aserbaidshan Ilham Alijew (44 Jahre, der Sohn des früheren Präsidenten) und in Georgien Mikhaïl Saakashvili (36 Jahre) an die Macht gebracht. In Armenien wurde die Phase der nationalen Erneuerung unter der Regierung von Levon Ter-Petrossian durch den Krieg um Bergkarabach verdüstert. Dieser Konflikt hatte ein großes Gewicht bei der Ablösung des armenischen Präsidenten Ter-Petrossian durch Robert Kocharian. Aufgrund seiner Haltung zu dem Konflikt und der Ausweitung der Wirtschaftskrise trat Ter-Petrossian 1998 zurück. An seine Stelle trat Robert Kocharian, der im März 2003 wieder gewählt wurde.

11. Bei allen Unterschieden stoßen diese Länder auf eine bestimmte Anzahl gemeinsamer Probleme. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben zu einer starken Verarmung der Bevölkerung geführt und die Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch Korruption begünstigt. Die politische und die wirtschaftliche Macht sind weiterhin extrem zentralisiert, und bei der Förderung der lokalen Autonomie und der Dezentralisierung sind wenig Fortschritte zu verzeichnen. In unterschiedlichem Maße bleiben die Entwicklung der Zivilgesellschaft, das demokratische Funktionieren der Institutionen und des Gerichtswesens sowie die Schaffung einer pluralistischen Demokratie problematisch.

### **Die neue politische Lage**

12. 2003 und 2004 waren in Aserbaidshan wie in Georgien bedeutsame politische Entwicklungen zu beobachten. Weitere zeichnen sich in Armenien ab. Das Wesen dieser Veränderungen lässt sich vorerst nur schwer analysieren. Jedenfalls hofft die internationale Gemeinschaft, dass die Machtübernahme durch häufig im Ausland ausgebildete und vielleicht im Vergleich zur Generation ihrer Väter mit der westlichen Welt besser vertraute Politiker einer neuen Generation in zwei der drei Republiken den politischen Dialog und demokratische Reformen fördern wird.

13. Allerdings besteht zwischen den beiden soeben gewählten Präsidenten ein ganz beträchtlicher Unterschied. In Georgien kam Mikhaïl Saakashvili im politischen Konsens und mit einer beeindruckenden Stimmenmehrheit von 96,3% an die Macht. Er wurde per Plebiszit von einer Nation ins Amt gewählt, die auf die Straßen gegangen war, um gegen die Vetternwirtschaft und die Ineffizienz des korrupten Machtzirkels um Präsident Schewardnadse zu protestieren. Die Bürger entschieden sich dafür, ihre Unterstützung für die „Rosenrevolution“, den politischen Übergang und den radikalen Wechsel zu bekunden. Deshalb kommt Mikhaïl Saakashvili bei seiner Amtsübernahme in den Genuss einer fast einmütigen Unterstützung durch das Volk sowie des internationalen Wohlwollens. Ilham Alijew dagegen ist erst seit kurzem in der Politik und wurde im Laufe von durch die internationale Gemeinschaft kritisierten Wahlen mit einer Mehrheit von 67% der Stimmen gewählt. Bestimmte Oppositionsparteien organisierten im Laufe der Wahlen Proteste der Bevölkerung, bei deren Niederschlagung durch die Ordnungskräfte es zu ernststen Kämpfen kam, die zum Tod mindestens einer Person führten.

14. In Armenien warf die durch die internationale Gemeinschaft kritisierte und durch Unregelmäßigkeiten gekennzeichnete Wiederwahl von R. Kocharian im März 2003 mit einem angezweifelteten Ergebnis (67,5 % der abgegebenen Stimmen) sicherlich einen Schatten auf die derzeitigen Machtinhaber. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die Regierungskoalition beträchtliche interne Meinungsverschiedenheiten aufweist und wegen ihrer ineffizienten Politik bei der Korruptionsbekämpfung und ihrer undurchsichtigen Privatisierungspraxis scharf kritisiert wird.<sup>1</sup> Die Opposition ist zerrissen und verfügt nicht über

<sup>1</sup> RFE/RL Berichte – März/April 2004.

genügend Parlamentssitze, um konkret auf das politische Leben einwirken zu können. Gruppieren um den politischen Block "Gerechtigkeit" organisierte die Opposition im März 2004 Demonstrationen der Bevölkerung, bei denen zum Rücktritt des Präsidenten aufgefordert wurde. Die Hauptforderung der Demonstranten ist die Veranstaltung eines Volksentscheids oder ein Vertrauensvotum für den Präsidenten. Die mit harter Hand von der Polizei aufgelösten Demonstrationen führen zu einer vorläufigen Festnahme von Oppositionsvertretern, bestimmten Parlamentariern und Journalisten. Die politische Krise wurde durch die Debatte über die Änderung wichtiger Texte verstärkt, die u.a. das Wahlgesetz und die Verfassung umfassten. Ein Teil der Opposition hatte einen Teilboykott seiner parlamentarischen Aktivitäten erklärt und wurde in den Prozess der Überarbeitung der Texte nicht einbezogen. Die scheinbare Stabilität, in der Armenien zu leben schien, wird von dieser Unruhe in jüngster Zeit in Frage gestellt.

## **b. Übergang und Demokratisierung**

### **Gewaltenteilung und pluralistische Demokratie**

15. Die Errichtung demokratischer Institutionen war kurz nach der Erringung der Unabhängigkeit eine der Prioritäten dieser neuen Staaten. Die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats angenommenen Schlussfolgerungen legen davon in den drei Republiken in unterschiedlichem Maße Zeugnis ab. Dennoch besitzen diese Länder noch keine wirksamen institutionellen Strukturen auf der Grundlage eines parlamentarischen Systems. Der Exekutive steht nur ein geringes parlamentarisches Gegengewicht gegenüber. Die politischen Parteien, die durch einen Mangel an Reife, Organisation und durch starke finanzielle Einschränkungen gekennzeichnet sind, werden häufig durch starke politische Persönlichkeiten polarisiert. Sie werden häufig lokal wegen Aufrufs zu Gewalt und Verleumdung sanktioniert, entsprechend marginalisieren sich diese Kräfte der Opposition und werden oft aus dem politischen Leben ausgeschlossen. Sie beschränken sich auf eine Fundamentalopposition und bestreiten die Legitimität der vorhandenen Macht. Ihr einziges Ausdrucksmittel ist der Aufruf zu Demonstrationen der Bevölkerung, ja sogar zur Provokation oder Gewalt. In den drei Ländern scheinen sie noch nicht die Rolle zu spielen, die den politischen Parteien in parlamentarischen Demokratien zugewiesen wird.

16. In der Praxis stößt die Umsetzung der demokratischen Normen auf zahlreiche Schwierigkeiten. Anscheinend kollidiert das Erlernen der Grundsätze einer demokratischen Führung häufig mit einer vom sowjetischen System und traditionellen politischen Kulturen ererbten politischen Kultur. Die Vorstellung von individuellen Rechten und Freiheiten, die Stellung und die Rolle der Zivilgesellschaft, der Protest und die politische Diskussion, die Anerkennung der Macht der Abgeordneten sind Konzepte, die vor allem die Eliten, aber auch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nur schwer anwenden können. Der Grundsatz der Gewaltenteilung scheint in diesen politischen Systemen noch nicht umgesetzt worden zu sein.

17. Die Beziehungen der Regierungen zu den Parlamenten bleiben unklar. Die Rolle der Volksvertretungen beschränkt sich oft auf die einer bloßen Registrierungskammer. Die Regierungen tragen wenig Verantwortung und unterstehen im Allgemeinen der allmächtigen Präsidialverwaltung. Eben diese Verwaltung kontrolliert sehr aufmerksam die Tätigkeit des Gesetzgebers. Nicht selten überschreitet sie ihre Zuständigkeiten zu Lasten der traditionellen Rolle des Parlaments. Zwischen der Exekutive und der Judikative bestehen enge Verbindungen, die dem Grundsatz der Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt

zuwiderlaufen. Die Exekutive spielt im Verfahren zur Ernennung oder Abberufung von Richtern eine direkte oder indirekte, aber sehr einflussreiche Rolle.<sup>2</sup>

### **Demokratische Wahlen**

18. Mit Ausnahme der letzten Wahlen in Georgien waren alle Wahlen, die bisher im Südkaukasus stattfanden, von den geltenden internationalen Normen weit entfernt. Je nach Land und Art der Wahl sind die Fälschungen verschieden. Allgemein zeigt sich, dass die Ergebnisse im Allgemeinen den Wählerwillen nur zum Teil widerspiegeln.

19. Die Wahlbeobachtungsberichte der OSZE-ODIHR (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte) nennen zahlreiche, in unterschiedlichem Maße gemeinsame Probleme der drei Länder. Es geht um die Schwierigkeiten der Oppositionsparteien, überhaupt arbeiten oder am politischen Leben des Landes teilnehmen zu können, die schwache Stellung der unabhängigen Medien, das allgemeine Desinteresse der Bevölkerung an der politischen Diskussion und die Verachtung, die sie für diese empfindet, sowie das Misstrauen gegenüber den Abgeordneten und deren Schwierigkeiten, mit den führenden staatlichen Organen einen politischen Dialog einzuleiten. Aus dieser Zustandsbeschreibung wird deutlich, dass diese Gesellschaften noch lange keinen Sinn in der politischen Diskussion zu erkennen vermögen und insgesamt gesehen in einem aus der Sowjetzeit überkommenen Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten leben.

20. Nach den Beobachtungsberichten der OSZE-ODIHR wurde dieser letzte Zyklus von Präsidenten und Parlamentswahlen in Georgien jeweils durch "beträchtliche und lobenswerte Fortschritte" im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen geprägt. Bei der Bewertung der kürzlich in Armenien und in Aserbaidschan veranstalteten Präsidentschaftswahlen stellten die einleitenden Erklärungen der OSZE-ODIHR auch Fortschritte fest, kamen aber trotzdem zu dem Schluss, dass die "Wahlen nicht den internationalen Standards auf dem Gebiet von Wahlen entsprachen"<sup>3</sup>. Zwar ist es so, dass die ODIHR-OSZE das Gesamtergebnis der Wahlen nicht in Zweifel zieht, dass aber der Umfang des Sieges der gewählten Präsidenten zu Fragen Anlass gibt.<sup>4</sup>

### **Menschenrechte**

21. Die drei Staaten haben die grundlegenden Texte und Übereinkommen in Bezug auf die Menschenrechte angenommen. Dennoch vermögen der Schutz der Grundrechte und die Umsetzung der Übereinkommen noch nicht zu befriedigen. Die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wird nicht in vollem Umfang geachtet. Die Existenz politischer Häftlinge (siehe insbesondere die Arbeiten des Europarats in Aserbaidschan), die Haftbedingungen, die Misshandlungen und Folterungen durch die Ordnungskräfte werden von den internationalen Institutionen regelmäßig angeprangert.

---

<sup>2</sup> Berichte des „Monitoring Committee“ der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für die drei Länder bez. des „Functioning of Democratic institutions“.

<sup>3</sup> Einleitende Erklärungen der OSZE-ODIHR, zweiter Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Armenien am 5. März 2003 und Präsidentschaftswahlen in Aserbaidschan am 15. Oktober 2003 sowie Präsidentschaftswahlen in Georgien am 4. Januar 2004.

<sup>4</sup> 67,5 % der Stimmen für Präsident Kocharian und 71,5 % der Stimmen für Präsident Alijew.

## B. GEBIETSKONFLIKTE

22. Die internationalen Grenzen zwischen den drei Republiken sind die 1991 von der Sowjetunion übernommenen alten administrativen Binnengrenzen. Der Verlauf einiger dieser Grenzen wird durch Gebietsforderungen in Frage gestellt. Zwei der drei Länder im Südkaukasus können ihre Souveränität über ihr Staatsgebiet nicht in vollem Umfang ausüben und waren von heftig geführten Konflikten mit zahlreichen Opfern und Bevölkerungsverschiebungen betroffen. Diese Konflikte sind heute mehr oder weniger zur Ruhe gekommen, ohne aber gelöst zu sein. Solche so genannten „eingefrorenen“ Konflikte bedeuten ernsthafte Bedrohungen der regionalen Stabilität.

### a. Abchasien

23. Die diesem Konflikt zugrunde liegenden Forderungen zielen auf eine Abspaltung von Georgien ab und sind mit einem Autonomieangebot unvereinbar. Schon 1988 sprach sich die Kommunistische Partei Abchasiens für die Loslösung aus, und die Bewegung der abchasischen Volksfront stützt sich auf diese Vorstellung. 1992 erklärten die Abchasen einseitig ihre Souveränität. Als Reaktion darauf versuchte Tiflis, mit militärischen Mitteln wieder die Kontrolle über die abtrünnige Provinz zu erlangen. Der erfolgreiche Gegenangriff der abchasischen Kräfte, die von der Konföderation der kaukasischen Völker unterstützt wurden und sich "der wohlwollenden Neutralität" der Russischen Föderation erfreuten, sollte 1994 zu einem in Moskau unterzeichneten Waffenstillstand führen. Durch diese Vereinbarung wird *de facto* eine Grenzziehung zwischen Abchasien und Georgien entlang dem Inguri-Fluss bestätigt. Dieser Konflikt führte dazu, dass ungefähr 250.000 Georgier Abchasien verließen, die nun innerhalb des eigenen Landes Vertriebene wurden. Die Bevölkerung dieser Region soll in einigen Jahren von 500.000 Menschen auf nur noch 100.000 zurückgegangen sein.

24. Abchasien hat mehrfach – vergeblich – den Wunsch geäußert, sich der Russischen Föderation (wo ungefähr 34.000 muslimische Abchasen wohnen) anzuschließen. Die in dem Land geltende Währung ist der russische Rubel, und Abchasien hängt praktisch von den russischen Versorgungsleistungen ab. Die abchasische Bevölkerung ist nicht nur von dem Visumzwang für Russland befreit, sondern es erweist sich, dass eine große Mehrheit der abchasischen Bevölkerung vor kurzem die russische Staatsangehörigkeit angenommen hat und Inhaber eines Passes der Russischen Föderation ist<sup>5</sup>. Im Übrigen macht die russische Militärbasis in Gudauta (Abchasien – 3.000 Mann) Russland bei der Beilegung dieses Konflikts zu einem der Hauptakteure. Dieser *Status quo* besteht trotz der Vermittlungsbemühungen, die von den Vereinten Nationen und dem diplomatischen Konsortium namens "Gruppe der Freunde des Generalsekretärs der Vereinten Nationen" unternommen wurden. Es ist angezeigt, hier daran zu erinnern, dass das doppelte Mandat der Vereinten Nationen in Abchasien (Erleichterung der Verhandlungen und Überwachung des 1994 unterzeichneten Waffenstillstands) vorläufig ist. Es unterliegt also alle sechs Monate einem förmlichen Verfahren zur Verlängerung. Das aktuelle Mandat läuft am 31. Januar 2005 aus.

25. Die abchasische Krise und dann in neuerer Zeit die in Abchasien und Südossetien aufgetretenen Zwischenfälle trugen dazu bei, die russisch-georgischen Beziehungen zu belasten. Diese Krise erreichte im August 2004 ihren Höhepunkt, als der georgische Präsident drohte, jedes Schiff zu versenken, das sich den abchasischen Küsten nähern sollte, ohne eine förmliche Genehmigung von Tiflis zu haben. Darüber hinaus wurde am 3. Oktober 2004

---

<sup>5</sup> OSZE "Background information paper", ausgearbeitet für den Besuch der OSZE-Delegationsleiter, 5.-6. September 2004.



die Organisation der "Präsidentschaftswahlen" in Abchasien ganz offensichtlich in Tiflis schlecht aufgenommen. Sämtliche Kandidaten für die Nachfolge des Chefs Arzhimba bezogen gegenüber jedweder Konzession an die georgische Seite, die die "selbstprogrammierte Unabhängigkeit der Republik" in Frage stellen würde, eine harte Position. Auch über die Präsidentschaftswahlen in Abchasien hinaus scheint keine Entspannung zu erwarten.

26. Im Laufe des Besuchs in Georgien äußerte ein wesentlicher Teil der nationalen und internationalen Gesprächspartner hinsichtlich der aktuellen Situation ernste Sorgen. Die politischen Positionen scheinen sich auf beiden Seiten zu verhärten, was es noch schwerer macht, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Sukumi und Tiflis und eine Rückkehr der Vertriebenen in Aussicht zu stellen. Die neuesten Vorschläge von Tiflis für die Lösung des Konfliktes sollen von abchasischer Seite abgelehnt worden sein. Es bleibt gleichwohl die Hoffnung, dass die laufende Reform, die darauf abzielt, die augenblickliche Struktur des Staates in ein föderales System umzuwandeln, für die zukünftigen Verhandlungen positive Elemente einbringen kann, um der Region einen zufrieden stellenden territorialen Staus zu ermöglichen.

#### **b. Ossetien**

27. Die Sowjetunion hatte zwischen Nord- und Südossetien eine regionale administrative Grenzziehung vorgenommen. Seit sie 1991 internationale Grenze wurde, kennzeichnet sie heute die Trennung der Staatsgebiete Georgiens und Russlands, wobei die ossetische Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze lebt. Zu dieser administrativen Trennung kommt eine religiöse Spaltung hinzu: Die Nordosseten sind Muslime, die Südosseten Christen. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit wandten sich die Südosseten (ungefähr 100.000 Menschen) heftig gegen die Politik von Tiflis, die alle spezifisch ossetischen Besonderheiten einschränkte und eine Politik betrieb, die von den Osseten als Assimilationsversuch wahrgenommen wurde. Ossetien erklärte sich 1990 zur „unabhängigen Republik“. Tiflis entsandte daraufhin Streitkräfte, um wieder die Kontrolle über das Land zu erlangen, und es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen. Ungefähr 40.000 innerhalb des eigenen Landes Vertriebene flohen vor diesem Konflikt. Nach georgischen Quellen sollen zwischen 10.000 und 15.000 Georgier in Südossetien verbleiben. Bei dem 1992 abgehaltenen Referendum stimmte Ossetien mit deutlicher Mehrheit für die Unabhängigkeit und die Integration in die Russische Föderation. Russland leitete Friedensverhandlungen ein, und in den Verträgen von Sochi 1992 wurden die territoriale Integrität Georgiens und Russlands sowie die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen anerkannt, ohne dass der ossetisch-georgische Konflikt auch nur ansatzweise gelöst worden wäre. Das Übereinkommen sah auch die Bereitstellung einer drei Parteien umfassenden Friedenssicherungstruppe (JPKF) vor. Diese Truppe, die im Juli 1992 aufgestellt wurde, umfasst 500 russische, 500 nordossetische und 500 georgische Friedensstreitkräfte. Bisher führten die laufenden Verhandlungen nicht zu einer Lösung des Konfliktes, und sie ermöglichten auch nicht die Rückkehr der Vertriebenen.

28. Während der letzten Jahre der Präsidentschaft Schevardnaze's erwarb der größte Teil der in dem Konfliktgebiet lebenden Osseten die russische Staatsbürgerschaft und besitzt heute einen Pass der Russischen Föderation, was – auch hier - ein offensichtliches Souveränitätsproblem aufwirft. Bei den russischen Präsidentschaftswahlen vom März 2004 wurde diese Bevölkerung durch die örtlichen Behörden ermutigt, an der russischen Wahl teilzunehmen. Die Taktik des neuen georgischen Staatschefs, die darauf abzielt, in dieser Region Gesetz und Ordnung wiederherzustellen und Druck auszuüben, um zu einer Lösung des Konfliktes zu kommen, ließ im August 2004 erneut ernste Spannungen entstehen. Zunächst wurde der Kampf gegen florierenden Schmuggel in dieser Grenzregion aufgenommen, und Tiflis entsandete Kräfte des Innenministeriums in die Region.

Schusswechsel führten im August 2004 zu mehr als dreißig Toten. Die heute noch in Ossetien lebende georgische Bevölkerung befindet sich im Interessenmittelpunkt der krieg führenden Parteien, sie ist durch die Militäroperationen eingeschlossen und isoliert. Die im August 2004 in dieser Region eingetretenen Ereignisse geben Anlass zu der Befürchtung, dass eine Verhärtung der gegensätzlichen Positionen der Konfliktparteien zu einer völligen Lähmung des Verhandlungsprozesses führt.

29. Die Verschlimmerung der Sicherheitssituation in der Region hat ganz offensichtlich auch die russisch-georgischen Beziehungen beeinträchtigt. Die staatlichen Organe Georgiens stellen die Unparteilichkeit des russischen Teils der gemeinsamen Friedenssicherungstruppen in Frage und beklagen sich, dass diese Streitkräfte den Grundsatz der territorialen Integrität des Landes nicht respektieren. Präsident Saakashvili kritisiert die russische Militärhilfe für Südossetien und die Anwesenheit von Söldnern, Kosaken und paramilitärischen Streitkräften auf seinem Staatsgebiet, die zur Verteidigung der ossetischen Rebellen gekommen sind. Er fürchtet, dass ein "Krieg mit Russland kurz bevor steht"<sup>7</sup>.

30. Im Laufe der Gespräche in Georgien konnten sich die Mitglieder der Delegation der Parlamentarischen Versammlung der NATO mit hochrangigen Vertretern der Regierung und internationaler Organisationen unterhalten und das 113. Georgische Bataillon der Friedenssicherungskräfte besuchen, das in der Nähe der "Konfliktzone" stationiert ist. Das Bataillon sichert die Überwachung der im Prinzip seit dem Ende der Feindseligkeiten und der Wiederaufnahme der Verhandlungen erneut demilitarisierten Zone. Die georgische Seite ist besorgt, weil sie meint, es handle sich um die Schaffung einer regelrechten Armee Südossetiens mit der Hilfe von außen. Sie fordert dringend die völlige Demilitarisierung der Zone, einschließlich der an die russische Grenze angrenzenden Territorien, die Organisation einer internationalen Konferenz zur Lösung des Konfliktes sowie einen Ersatz der Friedenssicherungskräfte des JPKF durch unparteiische, unter internationaler Autorität stehende Friedenssicherungskräfte. Schließlich wünscht sich Georgien internationale Hilfe für die Überwachung der Bewegungen von Personen und Waren von und zum Roki-Tunnel, der Russland mit Georgien verbindet.

### **c. Bergkarabach**

31. Bei diesem Konflikt steht die Kontrolle der Enklave im Mittelpunkt des schon seit vielen Jahren andauernden Streits zwischen Aserbaidschan und Armenien. Ganz offensichtlich legen die Konfliktparteien entgegen gesetzte Versionen der Vorgeschichte vor und versuchen, die historische Zugehörigkeit dieses Gebietes zu ihrer Nation zu erklären. Die Lage ist besonders komplex wegen der zahlreichen Veränderungen des Grenzverlaufs zwischen Aserbaidschan und Armenien und der nachfolgenden Bevölkerungsbewegungen im Zarenreich und zu Zeiten der Sowjetunion<sup>8</sup>, die mehrmals das geopolitische und ethnische Gleichgewicht der Region durcheinander gebracht haben.

32. Das Khanat von Karabach ist zunächst mit Russland durch den Vertrag von Gulistan von 1813 verbunden. Die Provinz wird 1921 von Stalin formell an die SSR (Sozialistische Sowjetrepublik) von Aserbaidschan angliedert und 1923 in eine autonome Republik im Inneren von Aserbaidschan<sup>9</sup> verwandelt. Diese Provinz wies vor dem Konflikt eine

---

<sup>7</sup> Interview mit Präsident Saakashvili in der Zeitschrift „Liberation“ vom 24 August 2004.

<sup>8</sup> Siehe den Vertrag von Turkmanchay von 1828 und die Deportationen der Aserbaidschaner Armeniens von 1948 bis 1954.

<sup>9</sup> Parlamentarische Versammlung des Europarates, Bericht 7793, April 1997

Bevölkerung von 21% Aserbajdschanern und 77% Armeniern auf. Der Sowjet der Region Karabach verkündete im Februar 1988 seinen einseitigen Rückzug aus der Sozialistischen Sowjetrepublik Aserbajdschan und seinen Anschluss an Armenien. Diese Entscheidung wurde durch eine im Juni 1988 getroffene Entscheidung des Obersten Sowjet der Sozialistischen Sowjetrepublik Armenien bestätigt. Demonstrationen auf beiden Seiten der Grenze, gefolgt von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den Volksgruppen, kündigten den Konflikt an, der dann Ende 1991 ausbrach. Am 18. Juli 1992 erklärte Bergkarabach sich für unabhängig. Der Konflikt ging im April 1994 mit einem Waffenstillstand zu Ende. Seitdem trennt die Waffenstillstandslinie Aserbajdschan von Armenien und der Provinz, womit Aserbajdschan gut 20% seines Staatsgebiets (die Provinz Bergkarabach und 7 besetzte aserbajdschanische Distrikte) verloren hat. Der Konflikt führte in beiden Ländern zu Flüchtlingsströmen und zu in den eigenen Ländern Vertriebenen (280.000<sup>10</sup> in Armenien und nahezu 800.000<sup>11</sup> in Aserbajdschan). Die seitdem geführten Verhandlungen haben bisher weder zu einem Friedensabkommen noch zu einer Lösung des Konflikts um „Bergkarabach und die besetzten Gebiete“ geführt.

33. Zur Lösung des Konflikts gehören *de facto* mindestens drei Hauptbeteiligte: Aserbajdschan, das bemüht ist, seine territoriale Integrität zu bewahren, wobei das Gebilde Bergkarabach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker anhängt, und Armenien, das den Wunsch hat, die Interessen der armenischen Bevölkerung und sein historisch gewachsenes Gebiet zu schützen. Daneben sind auch noch Russland, das die armenischen Streitkräfte eindeutig militärisch und diplomatisch unterstützt hat, aber auch der Iran und die Türkei (die Aserbajdschan militärisch unterstützte) an der Lösung des Konflikts interessiert. Ungeachtet der vier Resolutionen der Vereinten Nationen zur Bekräftigung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Unannehmbarkeit einer gewaltsamen Gebietsaneignung [Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Nr. 822 (1993), 853 (1993), 874 (1993), 884 (1993)] sowie der Vermittlungsbemühungen der russisch-amerikanisch-französischen Kopräsidentschaft unter der Ägide der OSZE scheint dieser Konflikt kein Ende finden zu wollen. Seit bald schon 10 Jahren sind Bergkarabach und die besetzten Gebiete offiziell aserbajdschanisches Territorium<sup>12</sup>, über das Baku nicht seine Souveränität ausüben kann. Die von den Turkstaaten (Aserbajdschan und Türkei) verhängte Schließung der Grenze für Waren und Personenverkehr<sup>13</sup> isoliert Armenien. Regelmäßig fordern Zusammenstöße an der Waffenstillstandslinie neue Opfer, und selbst der Verlauf dieser Linie unterliegt Schwankungen.

34. In Armenien sind ebenso wie in Aserbajdschan sämtliche Regierungen mit der schwierigen Frage der Verhandlungen in Bezug auf den Bergkarabach-Konflikt konfrontiert. Die radikalen Positionen bestimmter armenischer Parteien, die jede Form von Kompromiss ablehnen, oder die kriegerischen Erklärungen einiger aserbajdschanischen Parteien, bieten nur wenig Hoffnung, dass eine Lösung dieses Konfliktes kurz bevorsteht. Entsprechend sind diese Länder durch eine Konfliktsituation gelähmt, deren Auswirkungen weit über die Grenzen dieser beiden Staaten hinausreichen und die Politiken im Kaukasus polarisieren. Armenien ist in einer Position der Eingeschlossenheit gefangen, die durch eine Normalisierung der Beziehungen zu ihren türkischen und aserbajdschanischen Nachbarn sicherlich erleichtert werden könnte. Die türkische und die aserbajdschanische Nation sehen

<sup>10</sup> UNHCR „global report“ 2000. 360.000 nach den offiziellen armenischen Quellen.

<sup>11</sup> UNHCR-UNDP Aserbajdschan. Eine Million nach den offiziellen aserbajdschanischen Quellen.

<sup>12</sup> Grundsatz der territorialen Integrität von Aserbajdschan, der in dem Dokument des Gipfels der OSZE in Lissabon 2.-3. Dezember 1996 bekräftigt wird.

<sup>13</sup> Die türkische Delegation erwähnte in ihrer Stellungnahme, dass der Begriff "Blockade" im Völkerrecht das vorherige Bestehen eines Kriegszustandes zwischen den beiden betroffenen Parteien impliziere. In diesem Zusammenhang sei die Verwendung dieses Ausdruckes demzufolge nicht angemessen. Deshalb wird hier auf die Verwendung des Begriffs verzichtet.

durchaus die wirtschaftlichen, logistischen und politischen Vorteile, die eine Normalisierung der Beziehungen zu Armenien mit sich bringen könnte. Ihre Berichterstatterin äußert den Wunsch, dass die Perspektiven einer politischen Veränderung in der Region und die neue politische Ausrichtung der Europäischen Union – insbesondere die Annäherung an die Türkei – eine für die Lösung dieses Konfliktes segensreiche Rolle spielen mögen.

#### **d. Die wichtigsten weiteren potenziellen Bedrohungen**

35. Die übrigen Bedrohungen hängen im Wesentlichen mit nationalistischen und die Unabhängigkeit anstrebenden Bewegungen zusammen und könnten den Zusammenhalt und die Stabilität der Staaten im Südkaukasus in Frage stellen.

#### **Adscharien**

36. Adscharien genießt seit langem ein hohes Maß an Autonomie. Die Region wurde mehr als 12 Jahre von dem ausgesprochen autoritären A. Abaschidse regiert. Sie hat einen hohen Grad an wirtschaftlicher Unabhängigkeit sowie eine gewisse politische Autonomie erlangt. Adscharien liegt nahe der Trasse der im Bau befindlichen Pipelines, durch die ab 2005 kaspisches Öl exportiert werden wird, und stellt damit für Georgien eine strategisch wichtige Region dar. Adscharien kontrolliert den Handel aus der Türkei und bestimmten wichtigen Schwarzmeerhäfen (Batumi) und hat außerdem bewaffnete Milizen aufgestellt und sich ein Verwaltungssystem gegeben, das einer Selbstverwaltung nahe kommt.

37. Der neue georgische Präsident hatte in dem dringenden Wunsch, die Autorität von Tiflis auf sämtliche Regionen des Landes auszuweiten, im Frühjahr 2004 eine Kraftprobe mit dem unbeugsamen politischen Führer dieser Region begonnen. Die adscharische Bevölkerung organisierte bedeutende Demonstrationen gegen Abaschidse und trug damit zur Destabilisierung seines Regimes bei. Die Krise endete mit dem Weggang des früheren adscharischen starken Mannes und einem ersten Sieg der Strategie der Reintegration von Präsident Saakashvili. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass die moderate und moderierende Haltung der Russischen Regierung zur Lösung dieser Krise beigetragen hat.

#### **Die Talyschen-Region**

38. Die Talyschen-Region liegt südlich von Aserbaidschan an der Grenze zum Iran. Sie wurde 1921 von Stalin der Republik Aserbaidschan zugeschlagen. Die stark in der schiitischen Religionstradition wurzelnde Gemeinschaft der Talyschen in Aserbaidschan (offiziell 76.841<sup>14</sup> Menschen, die Schätzungen der Talyschen gehen von 500.000 und 600.000 Menschen aus) unterhält enge wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Beziehungen zur angrenzenden Region im Iran und spricht einen indo-europäischen Dialekt der Farsi(persischen)-Gruppe. Die „Sozialistische Sowjetrepublik Talische-Mugan“ war 1919 für kurze Zeit unabhängig. 1993 versuchte die separatistische Talyschen-Bewegung die Errichtung einer unabhängigen Republik. Baku ging streng gegen diese Bestrebungen vor und verurteilte die meisten Führer dieser Bewegung wegen Verstößen gegen die Sicherheit und die Integrität des Staates. Der "Präsident" der sehr kurzlebigen „Autonomen Talysch-Republik“, Alikram Gumbatow, ist nach langen Jahren der Inhaftierung in Aserbaidschan vor kurzem nach Holland geflohen.

---

<sup>14</sup> Letzte Erfassung von 1999.

39. Die Identität der Talyschen ist tief verwurzelt und definiert sich ebenso sehr durch ihre Differenz zur türkischen Welt der aserbajdschanischen Mehrheit wie durch ihre traditionelle religiöse und kulturelle Nähe zur persisch-iranischen Welt. Zwar hat sich die Politik der Festigkeit des ehemaligen Präsidenten Heydar Alijew zur Bekämpfung des Separatismus als wirksam erwiesen, doch sind das Nationalgefühl und die nationale Identität der Talyschen nicht verschwunden. Das Wiederaufleben von Unabhängigkeitsbestrebungen ist in diesem wirtschaftlich gut gestellten, erdölreichen Gebiet nicht auszuschließen.

### **Lesgistan**

40. Die lesgische Minderheit lebt auf beiden Seiten der russischen-aserbajdschanischen Grenze. Sie unterscheidet sich von den übrigen Völkern der Region durch ihre ethnische und sprachliche Besonderheit. Sie wird auf 250.000 Menschen in Dagestan (Russische Föderation) und offiziell 178.021 Menschen<sup>15</sup> in Aserbajdschan geschätzt; die lesgischen Quellen schätzen die gleiche Bevölkerung auf etwa 700.000 Menschen. Die lesgische Gemeinschaft hat mehrfach Anwendungen gezeigt, unabhängig zu werden. 1990 wurde in Dagestan unter dem Namen „Sadwal“ eine lesgische Unabhängigkeitsbewegung gegründet. Diese rief 1991 zur Schaffung eines "unabhängigen Lesgistan" auf, in dem die Lesgier Aserbajdschans und diejenigen Dagestans vereinigt wären. Die Sadwal-Bewegung wird verdächtigt, hinter terroristischen Anschlägen zu stehen, unter anderem der Explosion in der U-Bahn von Baku, bei der 1994 19 Menschen getötet wurden. Außerdem wird sie beschuldigt, 1996 in Dagestan an Geiselnahmen beteiligt gewesen zu sein und mit dem Sprengstoffanschlag zu tun zu haben, der 1999 eines der Teilstücke der Ölpipeline Baku-Noworossisk beschädigte. Die Bewegung wurde 1996 von der Regierung Heydar Alijews in Zusammenarbeit mit den russischen Behörden zerschlagen, und die Hauptbeteiligten wurden wegen Verstößen gegen die Sicherheit und die Integrität des Staates verhaftet. Die Bewegung zeigt sich seitdem stärker konsensbetont und pazifistischer und konzentriert sich auf die Förderung der kulturellen Autonomie in den beiden Ländern. Gleichwohl ist es wahrscheinlich, dass die Vorstellung von einer möglichen Wiedervereinigung dieses Volkes in einem unabhängigen Gebiet noch nicht ganz verschwunden ist.

### **e. Die Frage der transnationalen Minderheiten**

41. Es handelt sich um außerhalb der Grenzen der Herkunftsländer verstreute Minderheiten. Dank der Bemühungen der Regierungsstellen haben diese Minderheiten – jedenfalls bisher – noch nicht den Wunsch nach einem Anschluss an ihr Herkunftsland zum Ausdruck gebracht. Aufgrund bilateraler Vereinbarungen erkennen die Staaten die Unverrückbarkeit der Grenzen an, gewähren diesen Gemeinschaften kulturelle Autonomie und vergewissern sich, dass sich dort keine nationalistischen Bewegungen entwickeln. Die komplexen ethnisch-geografischen Verhältnisse bedeuten für diese Staaten jedoch eine potenzielle Schwächung.

### **Armenier in Georgien: Dschawachetien**

42. In Georgien leben gut 420 000 Armenier (8% der georgischen Bevölkerung), vor allem in den Großstädten und den Gebieten Samtsche und Dschawachetien. Dschawachetien, das zu 95% von Armeniern besiedelt wird, erstreckt sich an der Grenze zu Armenien. Das Gebiet wird von der Pipeline-Trasse durchzogen und beherbergt einen russischen Militärstützpunkt, auf dem der größte Teil der Bevölkerung beschäftigt ist.

---

<sup>15</sup> Letzte Erfassung von 1999.

Dschawachetien gehörte eine Zeitlang zu Armenien, und heute fordern manche armenischen Stimmen den Anschluss an das Vaterland. Diese Forderungen erscheinen im Augenblick eher als marginal, könnten aber die armenisch-georgischen Beziehungen beeinträchtigen, gerade auch im Hinblick auf eine mögliche Schließung der russischen Basen. Im Übrigen hat sich der armenische Bevölkerungsteil gegen einen Abzug der russischen Stationierungskräfte aus der Region ausgesprochen.

### **Aserbaidsschanische Minderheiten in Georgien und georgische Minderheiten in Aserbaidsschan**

43. Schätzungsweise 289 761<sup>16</sup> Aserbaidsschaner leben in Georgien (6,5% der Bevölkerung), und in Aserbaidsschan liegen einige von Georgiern bewohnte Dörfer. Dank der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern und der getroffenen Vereinbarungen (insbesondere den bilateralen in 1993 und 2004 unterzeichneten Kooperationsabkommen) genießen beide Völker einen zufrieden stellenden Zugang zu Bildung und Kultur in ihrer Landessprache.

### **Aserbaidsschaner im Iran**

44. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts lebt die aserbaidsschanische Nation auf zwei Staatsgebiete verteilt – das der Sowjetunion und später auf dem Gebiet des unabhängigen Aserbaidsschans sowie das des Iran. Nach amtlichen Quellen bildet die aserbaidsschanische Bevölkerung im Iran mit 16 Millionen Menschen 24 % der iranischen Bevölkerung. Inoffiziellen Quellen zufolge soll die aserbaidsschanische Bevölkerung im Iran annähernd 30 Millionen Menschen betragen. Auf beiden Seiten der Grenze gibt es Bewegungen, die eine Wiedervereinigung anstreben. Sie sind zurzeit noch eine Randerscheinung und werden von den Behörden beider Staaten scharf überwacht. Ganz offensichtlich träumen bestimmte Parteien von einer Wiedervereinigung der Nation innerhalb eines einheitlichen Gebiets. Eine Schwächung des iranischen Staates könnte manche Nationalisten zu einer Wiederbelebung dieser Vorstellung bewegen.

## **III. NEUE HERAUSFORDERUNGEN UND NEUE BEDROHUNGEN**

### **A. INNERE URSACHEN DER DESTABILISIERUNG**

#### **a. Folgen der Verarmung und des Zerfalls des sozioökonomischen Geflechts für die Demographie**

45. Mit dem Zerfall der Sowjetunion fanden sich zahlreiche Teile der integrierten Wirtschaft dieser Republiken der Verwahrlosung preisgegeben. Es ist extrem schwierig, zuverlässige Statistiken zu erstellen. Aber auch wenn die offiziellen Statistiken dies nicht immer widerspiegeln, so wird gleichwohl angenommen, dass die Arbeitslosigkeit in den Ländern mindestens 15 bis 20 Prozent beträgt. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist im Vergleich mit dem unter dem Sowjetregime stehenden erschreckend gesunken. Dieser wirtschaftliche Niedergang geht mit einer Verschlechterung der sozialen Versorgung einher. Nach den Zahlenangaben der internationalen Institutionen leben in Georgien 52%, in Armenien 57,3% und in Aserbaidsschan 47% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze<sup>17</sup>, und die Kluft zwischen dem reichsten und dem ärmsten Teil der Bevölkerung hat sich enorm

<sup>16</sup> Von der aserbaidsschanischen Delegation mitgeteilte Zahlen.

<sup>17</sup> "Country brief 2004", "World Bank Brief" und "CIA Fact sheet 2004". [Http://www.worldbank.org/](http://www.worldbank.org/).

vertieft. Allerdings weisen einige Indizes auf eine langsame Verbesserung hin. 2002 war in Georgien ein realer Anstieg des BSP um 5,4%, in Armenien um 12,9% und in Aserbaidschan um 10,6% zu verzeichnen.

46. Die schwerfällige, ineffiziente Verwaltung, das Fehlen eines ausreichenden Budgets für den öffentlichen Sektor sowie das Missverhältnis zwischen dem Lohnniveau und den Lebenshaltungskosten begünstigen das Anwachsen der Korruption und tragen zum Entstehen einer sehr bedeutsamen Schattenwirtschaft bei. Die Organisation Transparency International setzt Aserbaidschan und Georgien unter insgesamt 133 Staaten, die 2003 nach dem Korruptionswahrnehmungsindex eingestuft wurden, auf Platz 124 und Armenien auf Platz 78.

47. Die gesellschaftlichen Folgen dieser Situation sind beunruhigend. Ein großer Teil der Bevölkerung – oft die am besten ausgebildeten Bürger – hat ihr Land auf der Suche nach einem höheren Lebensstandard im Ausland oder auf der Flucht vor Konflikten und politischer Instabilität verlassen. In allen drei Ländern beklagt man einen beträchtlichen "Brain Drain" und den Weggang der Eliten. Ganz offensichtlich haben sich diese Wanderbewegungen auf diese kleinen Länder stark ausgewirkt. Ebenso wie bei den wirtschaftlichen Indikatoren sind die demographischen Statistiken wenig zuverlässig. Ein großer Teil der Bevölkerungen besitzt einen zweiten ausländischen Pass oder genießt das Aufenthaltsrecht in Russland. Außerdem berücksichtigen die Statistiken häufig nur die definitiven und offiziellen Wanderbewegungen. Diese Sachverhalte, verbunden mit der Anwesenheit von Flüchtlingen und Vertriebenen, verkomplizieren die statistische Berechnung. Und ganz offensichtlich ist das Ansprechen dieses Themas nach wie vor heikel. Gleichwohl kommen Studien zu der Schlussfolgerung, dass die Region unter bedeutenden Wanderbewegungen sowie einer Störung des demographischen Gleichgewichts leidet. Die Wirkungen der wirtschaftlichen und politischen Krisen, aber auch die tief greifenden sozioökonomischen Veränderungen haben eine Auswirkung auf das Verhalten der Gesellschaften. Man stellt insgesamt eine Tendenz zum starken Rückgang der Zahl der Eheschließungen, der Fruchtbarkeit, von Geburten und eine Erhöhung der Zahl der Scheidungen und des durchschnittlichen Eheschließungsalters fest, was eine tief greifende Veränderung der Gesellschaften ebenso anzeigt, wie eine allgemeine Überalterung der Bevölkerungen.<sup>18</sup>

48. In Armenien gibt es nach der letzten Volkszählung 2,9 Millionen Einwohner, aber die vor Ort angetroffenen diplomatischen Quellen schätzen, dass in diesem Land in Wirklichkeit nur 2,2 Millionen Menschen leben, wobei diese Auffassung durch lokale NGOs bestätigt wird. Gleiches gilt für die beiden anderen Republiken in unterschiedlichem Maße. In Georgien weisen offizielle Quellen einen Wanderungskoeffizienten von 2,3 pro 1000 aus, und ca. 218.000 Menschen sollen zwischen 1990 und 1997 ins Ausland emigriert sein. Auf der anderen Seite behaupten die Nicht-Regierungsorganisationen, dass in der gleichen Zeit mindestens eine Million Menschen das Staatsgebiet verlassen haben. In Aserbaidschan sind aufgrund der Größe seiner Bevölkerung (nach der Volkszählung von 2001 mehr als 8 Millionen) die Wirkungen dieser neuen Tendenzen noch nicht wirklich spürbar. Der Rückgang der Geburtenrate und der Index des Bevölkerungswachstums bestätigen jedoch diese allgemeine Tendenz.

49. Das Aussteigen des Staates aus dem öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssektor zeigt sehr besorgniserregende Wirkungen. Der Bildungsstand der Bevölkerung verschlechtert

---

<sup>18</sup> Georgisches Zentrum für Bevölkerungsforschung; "UNFPA Second country cooperation framework for Armenia (2000-2004)"; "UNFPA third regular session 1999", "Assistance to the Government of Azerbaijan and data from "The State Statistical Committee of Azerbaijan Republic"; "World Development Indicators database, April 2004".

sich immer mehr. Die neue Ausrichtung der Ausbildungsprogramme und –techniken, der Mangel an Schulbüchern sowie die sprachlichen Veränderungen (Übergang vom kyrillischen zum lateinischen Alphabet in Aserbaidschan) tragen zu diesem Niedergang bei. Als Reaktion auf die Probleme werden private gebührenpflichtige Einrichtungen gegründet. Sie bleiben im Allgemeinen einer wohlhabenden städtischen Elite vorbehalten. Damit wird die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich weiter vertieft.

## **b. Unzufriedenheit der Bevölkerung und extremistische politische Anwendungen**

50. Die Demonstrationen der Bevölkerung nach den letzten Wahlen in den drei Republiken zeugen von zunehmender Unzufriedenheit. Die Länder erleben eine ungleiche Entwicklung, und die ländlichen Regionen sind von der Krise deutlich stärker betroffen. Die Verwirrung bestimmter benachteiligter Bevölkerungsgruppen bietet einen Nährboden für das Aufkommen extremistischer oder nationalistischer Ideologien. In Aserbaidschan sind islamistische Religionslehrer unter den ärmsten Bevölkerungsschichten und bei Flüchtlingen aktiv. Dort besteht ganz eindeutig die Gefahr einer Radikalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen und insbesondere junger Menschen, die den Krieg erlebt und ihre Kindheit in Flüchtlingslagern verbracht haben.

51. In allen drei Ländern ist eine Radikalisierung derjenigen politischen Parteien festzustellen, die oft nationalistische, chauvinistische und kriegstreiberische Parolen verbreiten. Diese Parteien gewinnen an Popularität und bekommen Stimmen von den Opfern der Wirtschaftskrise und den Nostalgikern der Sowjetzeit.

## **c. Auftreten von „Grauzonen“ oder „rechtsfreien Räumen“**

52. Die unmittelbare Folge der politisch-wirtschaftlichen Entwicklung im letzten Jahrzehnt sowie das Fortbestehen ungelöster Konflikte ist das Auftreten von Zonen, die keiner staatlichen Kontrolle mehr unterliegen. Sie zeugen auch von der akuten Krise des Staates und der Zentralgewalt, mit der zahlreiche aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion hervorgegangene Länder zurechtkommen mussten. Einige dieser Gebilde finden sich damit ab, in einen "Gaststaat" integriert zu werden, solange dieser nicht in ihr "Selbstverwaltungssystem" eingreift. Andere streben die Selbstbestimmung an, kappen die Verbindungen zu dem sie bevormundenden Zentralstaat und schaffen de facto eine rechtsfreie Situation mit juristischem Vakuum. Die Charakteristik dieser Zonen ist ihre Nichtunterwerfung unter die nationalen Gesetze und das Fehlen von Autorität und anerkanntem Verwaltungssystem. Einige umfassen lediglich so genannte "Freihandelszonen". Andere, welche von „Regierungen oder Autoritäten“ geführt werden, die nicht durch internationale Übereinkommen gebunden sind, stehen in dem Ruf, mafiöse Netzwerke und Akteure verschiedenster Schmuggelaktivitäten zu beherbergen, Terroristen Unterschlupf zu bieten oder paramilitärischen Organisationen als Rückzugsräume zu dienen. Dieses beunruhigende Phänomen könnte für die Stabilität der Staaten und allgemein die Sicherheit im Südkaukasus ein bedeutendes Risiko darstellen.

53. Dieses Phänomen gibt Anlass zu vielfältigen Spekulationen hinsichtlich der Finanzmittel dieser illegalen Gebilde. Bestimmte Staaten beschuldigen ihre Nachbarn, Drogen zu produzieren oder deren Transit zu begünstigen. Aserbaidschan prangert die Nutzung seiner besetzten Gebiete für den Anbau und den Transit von unerlaubten Drogen an, und Georgien verdächtigt Abchasien und Südossetien, für Waffenhandel offen zu sein. Adscharien hat lange Zeit seine Beherrschung der Grenzen und seinen Sonderstatus genutzt, um Handelsnetze zu entwickeln, die in Tiflis als mafiöse Strukturen eingeschätzt werden. Die Prüfung dieser Behauptungen ist nach wie vor heikel. Es ist aber sicher, dass



die Nähe zum Gebiet des Tschetschenien-Konfliktes, die Nähe zu traditionellen Wegen des Drogentransports, der Finanzbedarf bestimmter Bewegungen, die allgemeine Korruption und die häufig unzuverlässige Kontrolle der Grenzen die Etablierung von internationalen mafiösen und kriminellen Strukturen begünstigt. Die Region ist eine Drehscheibe für den Transit von Rauschmitteln aus Zentralasien, Afghanistan, Pakistan und dem Iran, die für libanesische, russische und europäische Laboratorien bestimmt sind (über das kaspische Meer und die terrestrischen Grenzen mit Aserbaidschan und Armenien<sup>19</sup>). Trotz des Fehlens präziser Statistiken hinsichtlich des Umfangs dieses Phänomens stellt man in allen drei Ländern ernsthafte Probleme der Drogenabhängigkeit insbesondere der jungen Generation fest.

#### **d. Sonstige zur Sorge Anlass gebende Gebiete:**

##### **Pankisi-Tal**

54. Dieses Gebiet wird von gut 7.000 georgischen Tschetschenen (den Kisten) besiedelt. Seit Ausbruch des Tschetschenien-Konflikts haben dort schätzungsweise 5 000 bis 7 000 tschetschenische Flüchtlinge Zuflucht gefunden. Diese Hochgebirgsregion sowie die Grenze zu Tschetschenien sind aufgrund der Gegebenheiten nur schwer zu kontrollieren. Die russischen Behörden sind der Auffassung, dass die Region den separatistischen tschetschenischen Kräften als Rückzugs- und Versorgungsgebiet gedient hat bzw. dienen kann. Die Region stand außerdem unter dem Verdacht, dass dort zu einem bestimmten Zeitpunkt Al-Qaida nahe stehende militante Islamisten Unterschlupf gefunden haben. Finanzielle Unterstützung und Militärmaterial aus Unterstützungsnetzwerken und den arabischen Staaten sollen insbesondere im Laufe des ersten Tschetschenien-Konflikts vom Pankisi-Tal aus die tschetschenische Grenze überquert haben. Die russischen Behörden, die der Ansicht waren, dass die georgischen Stellen nicht in der Lage seien, eine ausreichende Kontrolle auszuüben, führten dort mehrfach Polizeioperationen durch – bisweilen ohne Rücksprache mit den Behörden in Tiflis, wie bei den überraschenden Bombardierungen von Dörfern im August 2002<sup>20</sup>. Der neue georgische Präsident hat den russisch-georgischen Beziehungen dieses Thema betreffend neue Impulse gegeben, und Kooperation ist das Gebot der Stunde. Bei ihrer Begegnung in Moskau im Februar 2004 verpflichteten sich die beiden Präsidenten, eine enge Zusammenarbeit aufzubauen, was die effektive Überwachung der gemeinsamen Grenze, den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und die Bildung gemeinsamer Grenzschutzteams angeht, die den Verdacht ausräumen sollen, das über georgisches Gebiet externe Unterstützung für die tschetschenischen Separatisten erfolgt.

55. Darüber hinaus organisiert die Mission der OSZE seit 1999 in Georgien eine verstärkte Überwachung der Ostgrenzen des Landes. Bei ihrem Besuch wurden die Ausschussmitglieder darüber informiert, dass die OSZE seit 2000 ihre Beobachtungsbasen vervielfacht hat und heute die gesamte Grenze, einschließlich der Grenzen zu den russischen Provinzen Dagestan, Tschetschenien und Inguschien, abdeckt. Das bereitgestellte Überwachungssystem sichert Tag und Nacht eine Überwachung der wichtigsten Grenzübergänge und stellt eine effiziente und systematische Kontrolle sämtlicher Übertritte sicher. Es ist klar, dass diese Beobachtung stark dazu beiträgt, die betroffenen russischen und georgischen Behörden dahingehend zu beruhigen, dass diese Grenze nunmehr praktisch hermetisch geschlossen ist. Die Überwachungsmission setzt ca. 177

<sup>19</sup> Geopolitisches Drogenwörterbuch.

<sup>20</sup> OSZE-Quellen; RFE/RL; in einem Statement sagte ein Sprecher des Weißen Hauses am 23 August 2002: "the US is deeply concerned about credible reports that Russian military aircraft indiscriminately bombed villages in northern Georgia".

Personen aus 32 Mitgliedsstaaten der OSZE und ca. 135 Georgier ein, die in Teams aufgeteilt sind. Ihr Mandat endet im Januar 2005. Die in Georgien angetroffenen nationalen und internationalen Gesprächspartner unterstützten praktisch einmütig die Forderung des Missionschefs der OSZE, über den vorliegenden Bericht die entscheidende Bedeutung der Verlängerung dieses Mandats zu vermitteln. Darüber hinaus hat es den Anschein, dass die Erweiterung der Beobachtung auf den Abschnitt der georgischen Grenze zu Nordossetien, einschließlich des Roki-Tunnels, stark dazu beitragen würde, die für die Befriedung und die Lösung des Ossetien-Konfliktes notwendigen vertrauensbildenden Maßnahmen zu verstärken. Dies erscheint wesentlich für die Stärkung der Sicherheit in diesem Teil Georgiens und den Abbau des Misstrauens auf beiden Seiten der Grenze.

## **B. ÄUSSERE URSACHEN DER DESTABILISIERUNG**

### **a. Auswirkungen des Tschetschenien-Konflikts**

56. Es ist festzustellen, dass die Region als ganzes die Auswirkungen dieses Konfliktes zu spüren bekommen hat. Der Konflikt zwischen dem orthodoxen Russland und einem muslimischen Volk hat dazu beigetragen, die religiöse Spaltung zu vertiefen. Eine gewisse solidarische Sympathie der muslimischen Völker für die tschetschenische Sache konnte von Staaten oder religiösen Einrichtungen instrumentalisiert werden. In Aserbaidschan war in bestimmten unabhängigen Moscheen ein Diskurs zu hören, bei dem die Gläubigen anhand des Beispiels der Unterdrückung der Tschetschenen mit äußerst rachsüchtigen Formulierungen dazu aufgerufen wurden, ihre Identität und ihren Glauben als Muslime zu bekräftigen, wobei diese Äußerungen durch die Autoritäten des Landes nicht verbürgt werden. Gleichzeitig konnte durch diese Situation auch das Entstehen einer gewissen gegen Muslime aber auch gegen die kaukasischen Völker in ihrer Gesamtheit gerichteten fremdenfeindlichen Bewegung gefördert werden.

### **b. Regionale Religionsprobleme**

57. Die Öffnung der ehemals sowjetischen Grenzen und das wieder anwachsende Interesse der Menschen am Phänomen Religion haben die Errichtung religiöser Bekehrungsunternehmen begünstigt. Außerdem haben die Konflikte im Südkaukasus eine bunte Schar von Söldnern, ehemaligen Afghanistan-Kämpfern, aber auch von Mitgliedern extremistischer Organisationen angezogen, die zur Verbreitung von extremistischen und politisierten religiösen Ideologien beitragen.

58. Aserbaidschan, ein von einem Turkvolk bewohntes Land, wird von Schiiten dominiert, doch im Norden gehören zu den Minderheiten zahlreiche Sunniten. Das Land erlebt insbesondere in den ländlichen Gebieten eine bedeutende religiöse Renaissance und bleibt aufgrund seiner Grenzlage zwischen der christlichen und der muslimischen Welt eine Zone von strategischem Interesse für die muslimischen religiösen Organisationen.

59. Die sprachliche und kulturelle Nähe zur türkischen Welt hat die Entwicklung religiöser Beziehungen und die Ansiedlung türkischer religiöser Einrichtungen in Aserbaidschan begünstigt. Nach dem staatlichen Ausschuss für die Beziehungen zu religiösen Organisationen wurden von den 150 neu in Aserbaidschan in Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen errichteten Moscheen 36 durch türkische Bewegungen gesponsert. Darüber hinaus wurden zahlreiche aserbaidshchanische Studenten in die Türkei geschickt, um dort in Koranschulen zu studieren.

60. Es gibt keine Statistiken hinsichtlich der Hilfe aus dem Iran, die aufgrund der Nähe zu diesem Land verschiedene Formen angenommen hat. Die gemeinsame religiöse Tradition, Grenze und Sprache des Südens des Landes (Talytschen-Region) mit dem iranischen Nachbarn haben im Erziehungswesen den religiösen Austausch, die Einfuhr religiöser Literatur und die Ausbildung des Klerus in iranischen Einrichtungen erleichtert.

61. Den arabischen religiösen Organisationen ist es gelungen, insbesondere bei der Flüchtlingsbevölkerung und dank der humanitären Projekte Fuß zu fassen. Nach Angaben des Staatsausschusses wurden ca. 62 Moscheen (von den kürzlich errichteten 150) durch eine einzige kuwaitische Organisation "Islamic Hereditary Development Society" gesponsert. Es wird davon ausgegangen, dass diese in Aserbaidschan etablierten Gruppierungen – ziemlich natürliche – Verbindungen zu den religiösen Bewegungen im Nordkaukasus haben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich einige ihrer Präsenz im Südkaukasus als Schaltstelle für ihre Aktivitäten im Nordkaukasus und in Tschetschenien bedient haben.

62. In Georgien trifft man in den von Aserbaidschanern bewohnten Bezirken, in den Regionen des Nordens des Landes und in Adscharien, Meschetien und Abchasien sehr alte muslimische Gruppierungen an. Zirka 12 % der georgischen Bevölkerung sind nach der letzten Volkszählung von 1989 muslimisch. Sunnitische Gruppierungen (Adscharien, Meschetien und Abchasien) grenzen an schiitische Gruppierungen in den "aserbaidschanischen Bezirken" an. Die Tradition gegenseitiger religiöser Toleranz scheint – einstweilen – zwischen den dominierenden christlichen und den islamischen Minderheitsgruppierungen fortzubestehen. Man konnte nur einige isolierte Fälle von Religionsvertretern beobachten (in Adscharien oder bei den Kisten-Bevölkerungen des Pankisi-Tals), die dem salafistischen Extremismus bei den Sunniten und dem wahhabitischen bei den Kisten Sympathie entgegenbrachten.

63. Aktuell bleiben die religiösen Tendenzen in der Region gemäßigt. Jedoch ist die Religion ein evidenter und wesentlicher Faktor für das regionale geopolitische Gleichgewicht. Die Tatsache, dass christliche Gruppierungen sich in muslimischen Gebieten (Bergkarabach) befinden oder die meisten ihrer Grenzen mit muslimischen Nationen (Armenien) teilen oder im Gegensatz dazu muslimische Gruppierungen in der Minderheit in einem christlichen Gebiet (Adscharien, Abchasien) teilen, ist ein Zeichen für eine historische Koexistenz der Regionen im Kaukasus. Die Achtung religiöser Toleranz und die Freiheit der Religionsausübung sind ein bedeutender Faktor für das friedliche Zusammenleben in der Region

### **c. Die Grenzziehung im Kaspischen Meer**

64. Auch fast 13 Jahre nach dem Ableben der Sowjetunion und dem Erscheinen der neuen Staaten des Südkaukasus und Zentralasiens ist die Frage der Grenzziehung im Kaspischen Meer und damit der Festlegung der Seegrenzen der Anrainer (Russische Föderation, Aserbaidschan, Iran, Turkmenistan, Kasachstan) und ihres Zugangs zu den dortigen Ölfeldern immer noch ungelöst. Die bilateralen Verhandlungen von drei der fünf Anrainerstaaten (Aserbaidschan, Russland und Kasachstan) führten 2003 zu einem teilweisen Übereinkommen hinsichtlich der Festlegung der Grenzziehung in den Gewässern zwischen diesen drei Ländern. Es gibt jedoch noch immer keine Abkommen sämtlicher Parteien hinsichtlich des Statuts dieses Meeres. In diesem Zusammenhang ist es schwer vorstellbar, dass die Ölförderung im Offshore-Bereich und der Ressourcen des Meeres ohne Interessenkonflikte vonstatten gehen könnte. Es hat im Übrigen einige Zwischenfälle zwischen den Anrainern gegeben, die eine mögliche Eskalation des Streits befürchten lassen. 2001 musste das von British Petroleum geführte Ölkonsortium seine Förderaktivitäten in dem umstrittenen Offshore-Gebiet nach einer bewaffneten Intervention

des Irans einstellen, der darin ein seiner Souveränität unterstelltes Gebiet sieht. In diesem Kontext warfen die Iraner auch eine Frage auf, die in ihren Augen mit dem Statut des Meeres verbunden ist: die Nichtmilitarisierung des Kaspischen Meeres. Diese Frage wird zweifellos für die kommenden Verhandlungen zwischen den fünf Anrainerstaaten eine wichtige Rolle spielen.

#### **d. Die russische Militärpräsenz in der Region**

65. Aufgrund der Tradition und der geographischen und historischen Nähe unterhält Russland enge Verbindungen zum Kaukasus. Seine geopolitische Position und seine Interessen im Becken des Kaspischen Meeres erklären die in dieser Region betriebene strategische Politik. Russland verbindet nicht nur wichtige ökonomische Beziehungen mit diesen drei Republiken. Es ist Kopräsident der Minsk-Gruppe der OSZE, Mitglied der Gruppe der Freunde des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Lösung des abchasischen Konfliktes, Hauptlieferant von Personal für die Friedenssicherungsmissionen der GUS im Kaukasus, Vertreter einer der vier Parteien der Kommission zur Kontrolle der drei Parteien umfassenden Friedenssicherungsgruppe in Südossetien; und unterhält in jedem der drei Länder Militärstrukturen und/oder -truppen. Aus seiner Sicht beansprucht Russland berechtigterweise eine besondere Rolle in sämtlichen regionalen Verhandlungsforen und nimmt an sämtlichen strategischen Entscheidungsprozessen der Region teil.

66. Aufgrund eines traditionellen Bündnisses zwischen den beiden Staaten unterhält Russland in Armenien, einem Land, mit dem es im militärischen Bereich eng zusammenarbeitet, einen bedeutenden Militärstützpunkt (3 500 Mann mit Gerät).

67. Auf georgischem Gebiet liegen drei russische Militärstützpunkte (4 000 Mann mit Gerät), die ohne Zustimmung der nationalen Behörden beibehalten werden. Die Stützpunkte liegen in Gudauta, auf abchasischem Territorium, in Batumi (in der Nähe des Territoriums von Adscharien) und in Achalkalaki (in Dschawachetien). Wie die russischen Anlagen in Moldawien unterliegen auch diese Stützpunkte den Beschränkungen aufgrund des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und hätten ganz wie in Moldawien bereits geräumt werden müssen. Die russischen Behörden fordern eine Frist von 10 Jahren zur Räumung dieser Basen, während ihnen die Georgier drei Jahre zugestehen. Auf diesem Gebiet werden Fortschritte erwartet. Die Ratifizierung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte durch die Vereinigten Staaten ist von der amerikanischen Regierung mit der Bedingung verbunden worden, dass Moskau seine Streitkräfte aus den Staatsgebieten von Georgien und Moldawien abzieht.

68. In Gudauta behaupten die russischen Behörden, dass sie ihre Truppen abgezogen haben. Die Gudauta vorgehaltenen Truppen wären dort auf der Grundlage der GUS-Übereinkommen hinsichtlich der Friedenssicherungsgruppen der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), die durch den KSE-Vertrag autorisiert sind. Einer der Hauptgründe, den die russischen Behörden für die Beibehaltung anführen, ist die Instabilität dieser Region mit ihren Wirkungen für den russischen Teil des Kaukasus. Einige Lokale Beobachter sind der Ansicht, russische Militärs hätten einige der Separatistenbewegungen unterstützt, um Russland eine Sicherheitsfunktion in der Region zu bewahren. Laut bestimmten in Georgien von der Parlamentarischen Versammlung der NATO angetroffenen Gesprächspartnern wäre die vor kurzem entstandene Krise in Südossetien ein Beispiel dieser Form der Einmischung in georgische Angelegenheiten und eine Operation, die dazu bestimmt ist, die Sicherungsrolle Russlands zu verstärken.

69. Die Regierung Putin hat sich die Verstärkung der militärischen Beziehungen zu Aserbaidschan vorgenommen; Beziehungen, die bisher durch das russische Engagement in

Armenien eingeschränkt wurden. Diese Annäherung an Moskau schlug sich 2002 in einer ersten Vereinbarung nieder, durch die den Russen für 10 Jahre die Nutzung der Radarstation Gebela (gegen Vergütung) gestattet wurde, sowie 2003 in einem zweiten Vertrag über die Schaffung eines Rahmens für eine enge Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Rüstung und der Ausbildung von militärischem Führungspersonal. Aus dieser Entwicklung wird der Wunsch Moskaus deutlich, seine Beziehungen zu Georgien und Aserbaidschan in Ordnung zu bringen und somit nicht mehr Armenien als alleinigen Partner zu haben. Diese jüngsten Entwicklungen bestätigen den Niedergang der GUUAM-Initiative (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien). Diese Allianz, die parallel zu den kollektiven Sicherheitsübereinkommen der GUS besteht, wird als eine Form der alternativen Antwort auf die Initiativen Russlands und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) im Bereich der regionalen Sicherheit betrachtet. Heute, nachdem sie einige ihrer politischen Ambitionen aufgegeben hat, hat es den Anschein, dass die Organisation sich hin zu einer Politik der Komplementarität zur GUS entwickelt hat. Die GUUAM entwickelt insbesondere die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kampfes gegen Terrorismus und Extremismus sowie Übereinkommen kommerzieller Art.

#### **e. Die neue regionale Ordnung**

70. Seit der Unabhängigkeit erhält Georgien und in geringerem Maße auch Aserbaidschan amerikanische Unterstützung. In Aserbaidschan entwickelte sich diese Zusammenarbeit seit der Streichung des Paragraphen 907 des "Freedom Support Act", der die direkte amerikanische Hilfe für die Regierungsstrukturen in Aserbaidschan verbot. Trotz der bedeutenden amerikanischen Unterstützung insbesondere Dank der armenischen Diaspora bleibt Armenien der traditionelle Verbündete Russlands in dieser Region. Die nach dem 11. September 2001 entstandene neue Weltordnung sowie die jüngsten Militärinterventionen im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus begünstigen die Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit mit diesen Staaten.

#### **Russisch-amerikanische Entente im Südkaukasus**

71. Das Eingreifen der internationalen Koalition in Afghanistan und die in letzter Zeit festzustellende Konvergenz der Interessen der internationalen Gemeinschaft und vor allem der Vereinigten Staaten mit den russischen Sicherheitsanliegen bei der Terrorismusbekämpfung verändern in gewissem Maße das regionale Gleichgewicht. Wir erleben eindeutig eine Neubestimmung der amerikanischen Prioritäten in der Region, die sich in einer stärkeren Präsenz der USA niederschlägt.<sup>21</sup> Kurz nach der Errichtung amerikanischer Militärbasen in Zentralasien entsandte Washington Militärausbilder nach Georgien ("train and equip"-Programm – April 2002, ca. 200 Experten und 10 Hubschrauber).

72. Das wiedererwachte Interesse der Amerikaner an der Region, das sich unter anderem mit hohen Investitionen in die Ölförderung im Kaspischen Meer erklären lässt, geht einher mit einer Entwicklung, bei der sich Russland in der militärischen Zusammenarbeit und dem Ausbau seiner Wirtschafts- und Energiepolitik mit Macht zurückmeldet.

73. Eine neue russische Tendenz, die in Anatoli Chubais<sup>22</sup> Theorie des „liberalen russischen Reiches“ zum Ausdruck kommen könnte, sieht die Beibehaltung wesentlicher und privilegierter politischer Verbindungen zu den Staaten des „nahen Auslands“

<sup>21</sup> Diese neue Strategie sollte sich jedoch nicht in einer Abschwächung der amerikanischen Positionen in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte niederschlagen.

<sup>22</sup> Anatoli Chubais orchestrierte die Privatisierungspolitik für Boris Jelzin.

(Grenzrepubliken der Ex-UdSSR) durch eine Positionierung Russlands in den strategischen Wirtschaftssektoren vor. Darum gibt die russische Strategie im Südkaukasus nun dem Aufbau enger Wirtschaftsbeziehungen und der militärischen Zusammenarbeit den Vorzug. Russland besetzt entscheidende Positionen in den Ölkonsortien und nimmt in den drei Republiken Investitionen vor, die ihm in wichtigen Elektrizitätsversorgungsunternehmen Georgiens und Armeniens eine strategische Stellung sichern (z.B. Stromversorgung in Georgien und in Armenien, beispielsweise Telekom und Energie). Auch die Vielzahl von Kooperationsvereinbarungen zwischen Moskau und den Republiken über die Sicherung der gemeinsamen Grenzen und den Aufbau einer engen Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung bestätigt diesen Trend.

### **Bewertung der Allianzen:**

74. Man kann sich hinsichtlich der Grenzen dieser russisch-amerikanischen Entente im Südkaukasus Fragen stellen. Der gemeinsame Wille der beiden Mächte, die Entwicklung des Terrorismus einzudämmen und illegalen Handel zu unterbinden, ist mit einer konkreten geostrategischen und wirtschaftlichen Konkurrenzsituation konfrontiert. Die neuen Staaten des Südkaukasus könnten sich angesichts unvereinbarer politischer Optionen, insbesondere auf militärischem Gebiet in einer heiklen Situation wieder finden. Bestimmte russische Stimmen zeigen sich außerdem beunruhigt angesichts eines von ihnen gesehene amerikanischen Expansionismus in dem natürlichen Einflussgebiet Russlands. In einem gewissen Maß bleiben diese strategischen Optionen mit dem Auf und Ab der russisch-amerikanischen Beziehungen verbunden.

### **Wirtschaftlicher und strategischer Wettbewerb: Kommt ein neuer Bruch?**

75. Die internationalen Großprojekte für die Ausfuhr von Erdölprodukten durch Georgien und die Türkei hindurch treten an die Stelle von Russlands Wunsch, die Ölmengen durch sein eigenes Staatsgebiet zum Hafen Noworossisk befördern zu lassen. Außerdem scheint Russland nicht begeistert darüber zu sein, dass eine gemeinsame Militärstreitmacht (Türkei, Georgiens und Aserbaidshans) geschaffen wird, die die Pipelines bewachen und vor Terroranschlägen schützen soll. Es sieht danach aus, als falle es nicht nur Russland schwer, sich eine türkische oder ganz allgemein ausländische Militärpräsenz in einem Gebiet des „nahen Auslands“ vorzustellen, sondern als fürchte auch Armenien die Isolierung oder gar eine militärische Einkreisung. Das Projekt birgt die Gefahr, die Region in zwei Blöcke zu beiden Seiten des eurasischen Korridors zu spalten. Zum ersten Lager gehören Georgien, Aserbaidshan und die Türkei um die von den Vereinigten Staaten und den westlichen Ölgesellschaften unterstützten Öl-(Baku-Tiflis-Ceyhan) und Gas-Projekte herum. Eine Pipeline mit ca. 1760 km Länge wird Aserbaidshan, Georgien und die Türkei durchqueren, um schon ab Frühjahr 2005 Erdöl zum türkischen Hafen von Ceyhan im Mittelmeer zu befördern (35MT pro Jahr bis 2010). Eine im Wesentlichen den gleichen Weg nehmende Gasleitung dürfte in nächster Zukunft gebaut werden, um das aserbaidshansische Erdgas zu exportieren. Weitere Projekte werden geprüft, um die Ausfuhr der gewaltigen turkmenischen Gasvorkommen zu erlauben. Auf der anderen Seite der Pipeline haben sich die Staaten zusammengefunden, die durch das Projekt wirtschaftlich und politisch benachteiligt werden. Das von Moskau unterstützte Armenien verbindet sich mit Griechenland, um der „türkischen Einkreisung“ zu begegnen und mit Teheran wirtschaftliche Projekte zu entwickeln. Ein Vertrag von fast 120 Millionen Dollar wurde mit dem Iran für den Bau einer Pipeline abgeschlossen, die – in einer ersten Phase – Armenien mit iranischem Gas versorgen würde. Dieses Projekt könnte weiterentwickelt werden im Gegengewicht zu den „nördlichen Energierouten“.

## **Beziehungen mit der NATO**

76. Seit 2004 nehmen Aserbaidschan und Georgien an einer neuen Form der Kooperation mit der NATO über "das individuelle Partnerschaftsprogramm von NATO-IPAP<sup>23</sup> teil. Dieses Programm bietet die Möglichkeit, ein Einzelprogramm (MAP) zu schaffen, welches geeignet ist, Reformen umzusetzen und eine spezifische Kooperation zu begründen. Langfristig möchten diese beiden Länder Vollmitglieder der NATO werden. Die Delegation hatte Gelegenheit, Äußerungen des georgischen Präsidenten Saakashvili zu diesem Thema zu hören. Armenien möchte einerseits an der traditionellen Partnerschaft mit Russland festhalten, scheint aber auch eine engere Zusammenarbeit mit der NATO entwickeln zu wollen. Präsident Kocharian hat der Delegation der Parlamentarischen Versammlung der NATO seine Politik der Diversifizierung und der Komplementarität der Allianzen Armeniens erklärt. Diese Politik ist aufgrund einer schwierigen geopolitischen Position berechtigt und wird durch die kürzlich erfolgte Initiative Armeniens deutlich, sich in dem Programm der individuellen Partnerschaft (IPAP) zu engagieren und gleichzeitig seine traditionellen politischen Optionen offen zu halten. Präsident Kocharian hat klargestellt, dass – derzeit – Armenien nicht den Ehrgeiz hat, sich darum zu bemühen, Vollmitglied der Nato zu werden.

77. Bei diesem Stand der Dinge würde zu der regionalen Bruchlinie, die sich aus den wirtschaftlichen Perspektiven ergibt, ein politischer und militärischer Riss hinzukommen, der den Zusammenhalt der Region gefährden würde. Die Eventualität eines Ausbaus der militärischen Beziehungen zur NATO, insbesondere die Errichtung von Stützpunkten in diesen südkaukasischen Gebieten, stößt, obwohl sie noch nicht aktuell ist, auf starke Reaktionen in Moskau und Teheran.<sup>24</sup> Diese grundsätzliche Zurückweisung der Präsenz ausländischer Truppen in Georgien und Aserbaidschan könnte die „russisch-amerikanische Entente cordiale“ in Frage stellen und diese Staaten mit einer heiklen strategischen Partnerwahl konfrontieren.

78. Der letzte NATO-Gipfel in Istanbul bestätigte die Intensivierung der Beziehungen mit dem Kaukasus und Zentralasien. Den Regionen wird nicht nur eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet, vielmehr hält es die Allianz auch für erforderlich, die strategisch wichtige Zusammenarbeit im Kaukasus zu verstärken. Diesbezüglich ernannte der Generalsekretär der NATO, Herr Jaap de Hoop Scheffer, am 15. September 2004 Herrn Robert Simmons zum Sonderbeauftragten für den Kaukasus und Zentralasien. Desgleichen dürfte die Ernennung von zwei Verbindungsoffizieren für diese Regionen die Kontakte und die Entwicklung enger Arbeitsbeziehungen erleichtern. Das nach dem Gipfel in Istanbul herausgegebene Kommuniqué betont auch die Bedeutung des Gebiets des Schwarzen Meeres und verpflichtet die Allianz zur Unterstützung und zur Teilnahme an Bemühungen zur Verstärkung der Stabilität und Sicherheit in dieser Region.

79. Das Fortbestehen von lokalen und regionalen Konflikten erleichtert nicht die regionale Zusammenarbeit. Die kürzlich erfolgte Absage einer Übung der NATO in Aserbaidschan "NATO Cooperative Best Effort – 2004", die vom 14. – 23. September 2004 hätte stattfinden sollen, wirft einen Schatten auf die Perspektiven der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Da die Aserbaidschanischen Behörden sich in der Tat geweigert haben, fünf armenischen Offizieren Visa zu erteilen, konnte die NATO ihr Projekt nicht weiterführen und musste die Übung absagen. Die Parlamentarische Versammlung der NATO, die plant, im November 2004 in Baku ein Rose-Roth-Seminar zu veranstalten, hofft, dass diese Art von

<sup>23</sup> Geschaffen anlässlich des Prager Gipfels im Jahre 2002.

<sup>24</sup> RFE/RL-"Transcaucasia and Central Asia"-Berichte.

Zwischenfällen bei dieser Gelegenheit nicht wieder vorkommt. Veranstaltungen der NATO PV müssen den Delegierten aller Mitgliedsländer und assoziierter Staaten offen stehen.

### **Die Europäische Union:**

80. Die Europäische Union (EU) hat ihr Interesse für diese Region betont, indem sie im Juni 2002 Herrn Heikki Talvitie zum Sonderbeauftragten der EU für den Südkaukasus ernannte. Konkreter beschloss der Gipfel der EU vom Juni 2004, seine europäische Nachbarschaftspolitik auf die drei Republiken des Südkaukasus auszuweiten, welche nunmehr in die Programme "Europe plus large – Wider Europe" einbezogen sind. Dank eines fortschreitenden Prozesses können die Regierungen der drei Republiken einen "nationalen Aktionsplan" festlegen, der den Umfang der Zusammenarbeit mit der Union bestimmen wird. Die Union legt nach wie vor größten Wert auf die Einhaltung und die Umsetzung der demokratischen Werte und Grundsätze und auf Bemühungen um eine friedliche Lösung von Konflikten. Das Europäische Parlament äußerte auch den Wunsch, dass die EU ihren Beitrag aufstockt und die Entwicklung vertiefter Beziehungen mit den Staaten dieser Region sowohl im kommerziellen wie auch im politischen Bereich fördert. Im Februar 2004 reaktivierte das Parlament das Projekt der Entwicklung eines Stabilitätspaktes für den Südkaukasus, wobei Schlussfolgerungen aus dem Pakt für Südosteuropa gezogen wurden. Bestimmte staatliche Organe im Kaukasus, insbesondere Präsident Saakashvili, betonten schon jetzt ihren Wunsch, eine enge Zusammenarbeit aufzunehmen und die Voraussetzungen zu prüfen, um – langfristig – Mitglied dieser Union zu werden.

### **Die Rolle der Türkei**

81. Angesichts dieses neuen Gefüges ist auch die wirtschaftliche und politische Rolle zu berücksichtigen, die die Türkei in der Region zu spielen gedenkt. Kürzlich waren Vermittlungsbemühungen der türkischen Regierung in der Adscharien-Krise zu verzeichnen. Ankara – das sicherlich auch europäische Integration im Auge hat – möchte bei den Verhandlungen über den Bergkarabach-Konflikt behilflich sein und bleibt offen für eine Normalisierung der Beziehungen zu Armenien. Diesbezüglich eröffnet eine Reihe von neueren Aktionen neue Perspektiven. Die Türkei und Armenien begannen einen Dialog zwischen den Außenministern. Die türkische Delegation ließ Ihre Berichterstatterin wissen, dass diese Konsultationen zur Erarbeitung einer "Road map" für die Normalisierung der türkisch-armenischen Beziehungen führen sollten. In ihrem Kommuniqué betonte die türkische Delegation, dass sie "nicht gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Armenien sei". Der stellvertretende Außenminister Armeniens sowie der Präsident der Republik erklärten analog, dass ihre Länder eine Normalisierung der Beziehungen mit ihrem türkischen Nachbarn und insbesondere die Liberalisierung der Situation an den Grenzen wünschten. Bereits jetzt verbinden zweimal wöchentlich Charterflüge Erevan und Istanbul, und die Bürger beider Staaten können dank des Erhalts eines Visums in den jeweiligen Ländern reisen. Diese Elemente weisen auf einen neuen Impuls für die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern hin.



#### **IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

82. Innerhalb eines Jahrzehnts hat die Südkaukasus Region zahlreiche und tief greifende Veränderungen erfahren. Nach ihrer Unabhängigkeit wurden die Republiken von Armenien, Aserbaidschan und Georgien mit vielen Problemen konfrontiert, die aus dem Zerfall der Sowjetunion und dessen Konsequenzen resultierten. Gebietsveränderungen, bewaffnete Konflikte, die Verschiebung von Bevölkerungen, ökonomische und soziale Schwierigkeiten, der Übergang zu demokratischen Systemen und die Schaffung neuer Staaten sind einige der Herausforderungen, denen sich diese Republiken gegenüberstellen mussten.

83. Obwohl man noch nicht über wirkliche politische Stabilität sprechen kann, ist es wichtig, herauszustellen, dass diese neuen Republiken es geschafft haben, innerhalb einer Dekade ihre Staaten und Institutionen zu schaffen und zu verfestigen. Dieser Bericht hebt nicht nur die enormen Leistungen hervor, sondern nimmt auch die noch bestehenden Probleme zur Kenntnis. Weitere Fortschritte werden erwartet in Bezug auf Konsolidierung, das gute Funktionieren der demokratischen Institutionen und die Achtung der Grundrechte. Er wiederholt die Empfehlungen, die von den internationalen Institutionen gemacht wurden, dass ernsthafte Anstrengungen unternommen werden müssen, um diese demokratischen Werte fest zu verankern und die andauernde Transformation dieser post-sowjetischen Gesellschaften fortzuführen. Es ist notwendig, den regionalen Dialog zu verstärken, um die Lösung von Konflikten zu fördern.

84. Stabilität und Sicherheit in der Region sind immer noch der Gefahr zahlreicher destabilisierender Faktoren ausgesetzt. Neben den latenten eingefrorenen und offenen Konflikten identifiziert dieser Bericht zwei Arten von Bedrohungen, die eine potentielle Herausforderung für die momentan ruhige Situation in der Region darstellen könnten. Dies sind die internen Faktoren der Destabilisierung (Probleme der Kohäsion der Staaten, ökonomische, demographische und soziale Probleme, organisiertes Verbrechen und Korruption, extremistische Ideologien...) und die externen Faktoren (regionale Geopolitik, Militarisierung der Region, die Auswirkungen des Tschetschenien-Konflikts, terroristische Bedrohungen...). Beide sind im vorliegenden Bericht ausführlich behandelt worden. Zusammenfassend unterstreicht der Bericht die Tatsache, dass die Entwicklung der drei Staaten ebenso wie die Entwicklung der gesamten Region in gewisser Weise durch die verbleibenden territorialen und transnationalen Konflikte behindert wird.

85. Schließlich hat Ihre Berichterstatteerin allgemeinere regionale geopolitische Aspekte angesprochen, wobei auch die sich entwickelnden Industrien im Energiebereich mit einbezogen wurden, da sie dazu beitragen, die Region zu einer attraktiven Zone für ökonomische Interessen zu machen. Die drei südkaukasischen Republiken sind strategische Partner für die NATO. Sie ist von der Bedeutung der weiteren Entwicklung ihrer Beziehungen zu einer Region und deren Staaten überzeugt, die entscheidend sind für die Stabilität an der Peripherie des Euro-Atlantischen Raumes.

86. Was den möglichen Ausbau der NATO-Projekte in dieser Region angeht, der durch die Ergebnisse des Gipfels der NATO in Istanbul bestätigt wurde, ist die Parlamentarische Versammlung besonders dazu berufen, mit den Abgeordneten dieser Staaten verstärkt über unsere gemeinsamen sicherheitsrelevanten Anliegen nachzudenken und einen entsprechenden Dialog zu führen.

87. In dieser Hinsicht spricht die Berichterstatteerin folgende Empfehlungen aus:

#### **Die Versammlung**

- sollte dem Südkaukasus und Zentralasien besondere Aufmerksamkeit schenken und eine besondere Zusammenarbeit mit diesen Regionen fördern. Es ist ganz wesentlich, individuelle und regionale Kenntnisse über diese Länder zu entwickeln und die Debatte über strategische Fragen zu ermutigen.
- sollte in diesem Zusammenhang den vergleichswisen Vorteil, der in ihrer unabhängigen und flexiblen Struktur liegt, nutzen, um formelle und informelle Verbindungen zu den staatlichen Organen dieser Länder auszubauen und die Entwicklung von Kommunikationsnetzen zu fördern.
- sollte hinsichtlich der Voraussetzungen für die regionale Stabilität sowie hinsichtlich der Voraussetzungen und möglichen Auswirkungen der Intensivierung der Beziehungen der Nato mit diesen Ländern einen internen Dialog mit den Mitglieds- und Partnerstaaten der NATO entwickeln, insbesondere mit jenen, die Nachbarn dieser Region sind und die durch Geschichte und Geographie mit dieser Zone verbunden sind, namentlich Russland und die Türkei.

#### **Der Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit**

- sollte die Aktivitäten in Verbindung mit der Region fortsetzen und sich vermehrt regionalen Sachverstand aneignen.
- sollte in einem kommenden Bericht die Möglichkeiten zur Konfliktlösung in der Region – unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Initiativen internationaler Organisationen und eines möglichen Beitrages der Allianz – analysieren

**- ANHANG -  
REFERENZDOKUMENTE**

- Berichte des Ausschusses für die Überwachung der Pflichten und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats: "Operation of democratic institutions in Georgia", Doc. 10049, 26. Januar 2004; "Operation of democratic institutions in Azerbaijan", Doc. 10030, Januar 2004 and Doc. 10285, 5. Oktober 2004; "Compliance with Armenia's obligations and commitments", Doc. 10027, 12. Januar 2004 and Doc 10286, 7. Oktober 2004. Bericht von Jean Seitlinger: "Conflicts in the Transcaucasus", Doc. 7793, 10. April 1997; Bericht von Frau Vermot-Mangold: "Situation of refugees and displaced persons in Armenia, Azerbaijan and Georgia", Doc 9480, 27. Juni 2002.
  - OSZE-Dokumente: OSZE "Background Information paper", ausgearbeitet für den Besuch der OSZE-Delegationsleiter, 5.-6. September 2004; Abschlussberichte über Wahlbeobachtungsmissionen: Präsidentschaftswahlen in Armenien, 5. März 2003, Präsidentschaftswahlen in Aserbaidschan, 15. Oktober 2003; Präsidentschaftswahlen in Georgien, 4. Januar 2004; Dokumente von den OSZE-Versammlungen in Lissabon, 2.-3. Dezember 1996; in Budapest 1994 und in Istanbul 1999.
  - Vereinte Nationen: UNDCCP, "Report on illegal drug trade in Russia"; UNHCR: "General report 2002-2003"; UNFPA: "Country Cooperation Framework" for Azerbaijan and Armenia and demographic statistics; UNDP Website in den entsprechenden Ländern für allgemeine Informationen über diese Länder; UN Chronicle, "The Caspian Sea still undefined" Oksana Kim, 2004.
  - NATO-PV, Protokoll des Rose-Roth Seminars in Georgien im Oktober 2002 und Communiqué des NATO-Gipfeltreffens in Istanbul, 28. Juni 2004. Nato Defense College, "The South Caucasus: Promoting values through cooperation", Seminar-Bericht Nr. 20, Juli 2004.
  - Geo-economics, quarterly review Nr. 28, winter 2003-2004, "Caucasus: risks and stakes".
  - Alain Labrousse: „Geopolitisches Drogenwörterbuch“, Ausgabe Boeck et Larcier 2003.
  - Mehdi Parvizi Amineh: "Globalisation, geopolitics and energy security in Central Asia and the Caspian Region", Mai 2003.
  - George Sanikidze und Edward Walker: "Islam and the practice of Islam in Georgia", Institute of Oriental Studies at the Academy of Science in Tbilisi and the University of Berkeley, April 2004.
  - S. Cornell und F. Starr: "Regional Security in the South Caucasus: the role of NATO", Central Asia-Caucasian Institute, Johns Hopkins Universität, Juni 2004.
  - Central Asia and the Caucasus, Review of Social and Political Studies, 2004.
  - CIA- The world Fact Book 2003-2004.
  - RFE/RL "Is Russo-Georgian rapprochement a threat for the Chechens?", J.C. Peuch, 13. Februar 2004.
  - International Narcotic Control Strategy Reports 2001, 2003 and 2004.
-